

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amtliches
Publikations-Organ



Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 59

Stolp, Freitag, den 11. März 1927

51. Jahrgang

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3-spaltige Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Die Verhandlungen in Genf.

Vor der Räumungsforderung.
Berlin, 10. März. Nach dem am Spätabend aus Genf vorliegenden Bericht war der heutige Tag der Genfer Verhandlungen wohl der ergebnisreichste der ganzen bisherigen Tagung.

Besondere Bedeutung wird in Berliner politischen Kreisen lediglich der Erklärung Dr. Stresemanns zugewiesen, daß die deutsche Regierung es sich vorbehalten, in verhältnismäßig kurzer Zeit auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages die Forderung nach Räumung der Rheinlande als juristisches und moralisches Recht offiziell vorzubringen. Damit hat sich zum ersten Male ein deutscher Außenminister eine Forderung zu eigen gemacht, die von der Deutschnationalen Volkspartei schon seit langem immer und immer wieder erhoben wurde.

Artikel 431 lautet: „Leistet Deutschland vor Ablauf der 15 Jahre allen ihm aus dem Versailler Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.“

Da Deutschland beinahe alle seine Verpflichtungen bereits erfüllt hat, bedeutet die Berufung auf den Artikel 431 eine nicht mißzuverstehende Abgabe an die Versuche der Alliierten, die Rheinlandräumung gewissermaßen als Austauschobjekt für neue deutsche Zugeständnisse zu benutzen. Das dürfte sowohl für den jetzt fertig entworfenen Hauptgedanken des Chamberlain-Projektes, der beinahe ausschließlich auf den Verkauf der Rheinlandräumung gegen finanzielle Zugeständnisse Deutschlands an Frankreich abzielt, wie auch für die von Herrn Chamberlain jetzt ebenfalls ad acta gelegte Idee gelten, die Rheinlandräumung als Vorstufe zur Gewinnung Deutschlands für die englischen Pläne gegen Rußland zu verwenden.

Der heutige Nachmittag in Genf war nach den letzten Berichten angefüllt mit Verhandlungen zwischen den juristischen Sachverständigen über das sogenannte Saartruppenkontingent. Soweit bisher verlautet, scheinen wenig Aussichten vorhanden zu sein, daß das Kompromiß nach den Wünschen Deutschlands und des Saargebietes ausfallen wird. Wenn auch vorausichtlich der ursprüngliche Vorschlag, das heißt, das von der Saarregierung aufgestellte Projekt einige Änderungen im deutschen Sinne erfahren wird, so dürfte es sich dabei nur um Zugeständnisse nebensächlicher Natur handeln. Die deutsche Delegation ist zwar offenbar nach wie vor bestrebt, alles zu tun, um die restlose Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet zu erreichen, stößt aber offensichtlich bei den Franzosen wie auch bei den Engländern auf stärkste Zurückhaltung.

Stresemann zur Rußland- und Räumungsfrage.

Genf, 10. März. Dr. Stresemann empfing heute im Hotel „Metropole“ die ausländische Presse. Zunächst beschäftigte sich Dr. Stresemann in seinen Ausführungen mit dem englisch-russischen Konflikt und betonte, es entspräche durchaus nicht den Tatsachen, wenn behauptet würde, daß die englische Diplomatie versuche, Deutschland in einen großen Weltbund gegen Sowjetrußland hineinzupressen. Er könne bezeugen, daß von Chamberlain niemals ein derartiger Versuch gemacht worden sei, noch daß Chamberlain einen solchen Bund gegen Rußland schaffen wolle. Er müsse aber auch darauf hinweisen, daß die Weltwirtschaft nicht zur Gefährdung kommen könne, wenn ein Land von 150 Millionen Menschen sich jeder wirtschaftlichen Mitarbeit an der Gesamtheit verschleße und sich der Entwicklung der Weltwirtschaft nur hemmend entgegenstelle. Deutschland sei Nachbarstaat sowohl Polens wie Rußlands und aus diesem Grunde naturgemäß daran interessiert, gute Beziehungen zu beiden Ländern zu erhalten. Es gäbe keine Geheimverträge irgendwelcher Art zwischen Deutschland und Rußland. Zur Frage der Rheinlandräumung demontierte Dr. Stresemann die Gerüchte, als ob er vor Briand in dieser Frage kapituliert habe. Selbstverständlich sei die Frage der Rheinlandräumung auf das ausführlichste zwischen ihm und Briand wie auch mit Chamberlain besprochen worden. Zu der Frage, wann Deutschland offiziell auf Grund des Artikels 431 den Antrag zur Räumung stellen werde, müsse er sagen, daß bei den in Genf weilenden Staatsmännern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Rheinlandräumung wachse. Zum Schluß wies Dr. Stresemann darauf hin, daß es nicht möglich sei, von einem allgemeinen Frieden zu sprechen, solange in einem Lande noch eine fremde Besatzung von 75 000 Mann vorhanden sei.

Hergt über die Aufwertungsfrage.

Berlin, 10. März. Der Rechtsausschuß des Reichstages begann heute mit der Beratung über die Aufwertung. Dazu lagen 20 Entwürfe und Entwürfe vor. Der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Kahl (D. Vpt.), wies darauf hin, daß der Ausschuß zu prüfen habe, ob es möglich sei, ohne Gefährdung der wirtschaftlichen und rechtlichen Sicherheit das schwierige Aufwertungsproblem zu lösen. Von agitatorischen Versuchen wurde sich der Ausschuß nicht heizen lassen.

ren lassen. Eine wahre Flut von Schreiben sei in den letzten Wochen eingegangen. Es sei das alte Recht der Wähler, sich mit Vorstellungen an den Reichstag zu wenden und die Wähler könnten überzeugt sein, daß ihren Vorstellungen und Wünschen jede Beachtung geschenkt werde. Viele Schreiben enthielten aber lediglich beleidigende Angriffe: Diebstahl, Raub, Betrug usw. Diese Schreiben hätten keine Beachtung zu beanspruchen. Andere Schreiben wiederum mißtrauten sich mitteilend in den Geschäftsgang des Reichstages ein, wie z. B. der Spar- und Hypotheken-Gläubiger-Schutzbund Plänen Verwirrung erhebe, daß der Gesetzentwurf an den Rechtsausschuß verwiesen worden sei, was ein Begräbnis dritter Klasse bedeute. Darauf gab Reichsjustizminister Dr. Hergt die

Regierungserklärung

ab. Die dem Ausschuss überwiesenen Anträge betreffen teils die Anleiheablösung, teils die Aufwertung der Guthaben bei Fabrik- und Wertpapiere. Was die Anleiheablösung und Guthaben bei Fabrik- und Wertpapiere anlangt, so sind die Vorarbeiten der Reichsregierung soweit gediehen, daß die Reichsregierung in der Lage ist, dem Ausschuss ihre Stellungnahme mitzuteilen.

Zu der Frage der Aufwertung im allgemeinen und namentlich auch zu der besonders interessierenden Frage der Aufwertung von Hypotheken und anderen privatrechtlichen Ansprüchen hat bereits der Reichsfinanzminister in seiner Etatsrede die Auffassung der Reichsregierung dahin gekennzeichnet, daß an den Grundzügen der Aufwertungsmaßnahme nicht gerüttelt werden dürfte. Maßgebend für diese Einstellung ist einmal die notwendige Rücksicht auf die Kontinuität der Gesetzgebung, ferner die Rücksicht auf die Wirtschaft des gesamten Volkes, die eine nochmalige Anstößung bereits abgeschlossener Rechtsverhältnisse nicht vertragen würde, des weiteren die Sorge für eine unge störte Pflege des Realcredits und endlich der Gesichtspunkt, daß die Grundbuchämter wieder arbeitsfähig werden und die Richter der Aufwertungsstellen und Grundbuchämter, die in hingebungsvoller Arbeit bis an die Grenzen des Möglichen an der Durchführung des gegenwärtigen Gesetzes gearbeitet haben, vor dem physischen und psychischen Zusammenbruch bewahrt werden können.

Zu Wahrung dieses Grundsatzes glaubt die Reichsregierung indessen, dem Reichstage einige Vorschläge machen zu sollen, die gestützt auf die Erfahrungen bei der praktischen Anwendung des Gesetzes dazu bestimmt sind, gewisse Zweifelsfragen von erheblicher Tragweite zu klären, Mißbräuchen des Gesetzeswortlauts entgegenzutreten sowie allgemein zur Vereinfachung und Beschleunigung der Abwicklung der Aufwertung beizutragen.

Die Vorschläge der Reichsregierung, die teils im Wege eines Gesetzes, teils im Wege einer Durchführungsverordnung verwirklicht werden sollen, werden die Gewähr dafür bieten, daß die Verzinsung der Hypotheken, die bereits gelöst waren, mit einem leisen, und zwar zeitlich zurückliegenden Zeitpunkt beginnt. Sie wollen ferner dem Hypothekengläubiger die Befugnis einräumen, nach eigener Entscheidung seine Hypothek in eine Grundschuld umzuwandeln zu lassen, um ihn von der aus den Verhältnissen des persönlichen Schuldners hergeleiteten Anwendung der Härteklausele zu befreien. Für diese Vorschrift ist eine Nichtwirkung in Aussicht genommen, jedoch sie auch den Gläubigern zugute kommt, deren Aufwertungsbeitrag mit Rücksicht auf die Verhältnisse des persönlichen Schuldners herabgesetzt ist.

Daneben werden die Vorschläge der Regierung sich auf eine Reihe, wenn auch mehr formell juristischer, so doch nicht unwichtiger Punkte erstrecken, wobei sich die Reichsregierung in der Lage sieht, sich in weitem Maße den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft und auch einiger dem Ausschuss vorliegender Anträge anzuschließen zu können. Die Vorarbeiten zu dem Entwurf sind soweit gediehen, daß er in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugeleitet werden kann und die Reichsregierung hat durch Vermittlung der Justizminister der Länder die Zusage erhalten, daß der Reichsrat auf Einhaltung der üblichen Fristen verzichten wird, sodas der Entwurf in kürzester Frist dem Reichstage vorgelegt werden kann.

In der Zwischenzeit ist, wie dem Ausschuss bekannt, bei dem Herrn Reichsminister des Innern von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Aufwertungsfragen der Antrag auf Zulassen eines Volksbegehrens eingereicht worden. Die Beratung im Kabinett zu dieser Frage steht unmittelbar bevor. Nach deren Abschluß wird Gelegenheit sein, den Ausschuss über das Ergebnis zu unterrichten.

Neben den vorerwähnten Eränzungen der Aufwertungsmaßnahme wird gerade für die von dem Aufwertungsgefes betroffenen Kreise die wirtschaftliche Gestaltung des Jahres 1927 von besonderer Bedeutung sein, und es wird in diesem Zusammenhang den Ausschuss interessieren, daß über eine in wirtschaftlichen und sozialen Belangen entsprechende Verwendung der aus der Mietserhöhung fließenden Erträge von seiten der Länder oder — wenn diese es wünschen — des Reichs nähere Bestimmungen in Bälde zu erwarten sind. Der Ausschuss wird weiter besonderen Anteil daran nehmen, daß die Beratungen der Reichsregierung mit den politischen Parteien

über die Verbesserung der Lage der Kleinrentner soweit gefördert sind, daß sie noch im Rahmen der Beratungen zum Etat des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß gebracht werden können. Damit wird eine Frage ihre Erledigung finden, die mit den dem Ausschuss überwiesenen Anträgen aufs engste verbunden ist.

Im Anschluß an die Ministererklärung wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmäßig sei, die allgemeine Aussprache bis zur Einbringung des angekündigten Regierungsentwurfes zu vertagen. Reichsjustizminister Dr. Hergt teilte noch mit, daß die Regierungsvorlage in wenigen Tagen dem Reichsrat zugehe und spätestens Mitte nächster Woche dem Reichstage vorliegen werde.

Der Ausschuss beschloß darauf, die allgemeine Aussprache zu vertagen. Sie soll spätestens am 18. März beginnen.

Zur Unterredung Stresemann-Zaleski.

Genf, 10. März. Ueber den Inhalt der gestrigen ersten Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Zaleski wird heute von polnischer Seite erklärt, daß hierbei auch die ober-schlesische Frage erörtert worden sei. Der Bericht der polnischen Delegation an die Warschauer Regierung spricht von einem zwischen Dr. Stresemann und Zaleski vereinbarten Aktionsplan.

Demgegenüber wird aus Kreisen der deutschen Delegation nachdrücklich darauf hingewiesen, daß, wie es in dem gestrigen offiziellen Kommuniqué heißt, lediglich vereinbart worden ist, daß jeder der beiden Außenminister seiner Regierung Vorschläge unterbreiten soll. Ferner wird mitgeteilt, daß die ober-schlesische Frage im Laufe der gestrigen Unterredung nicht zur Behandlung stand.

Der Ausgang der gestrigen Besprechungen zwischen Stresemann und dem polnischen Außenminister wird in der Pariser Presse mit großer Begeisterung vermerkt. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ sieht darin eines der glücklichen Ereignisse der gegenwärtigen Ratstagung. Er meint, die bisherige Wendung in den deutsch-polnischen Beziehungen sei dank der Aussprache zwischen den beiden Ministern vermieden worden und nach allem können die Wirtschaftsverhandlungen in Berlin in Bälde wieder aufgenommen werden. Briand sagte im übrigen den französischen Journalisten, daß die deutsch-polnische Annäherung der wahre Erfolg dieser Tagung sei. Alles werde sich in Ruhe abspielen und die Erörterungen sich nurmehr um Einzelheiten drehen.

Die Sozialversicherung.

Berlin, 10. März 1927.

Vizepräsident Esser teilte dem Hause zunächst mit, daß der Vorkonferenz eine Klärung der Redezeit für die Einzelberatung des Etats des Arbeitsministeriums beschlossen habe, um die Beratungen zu beschleunigen.

Ein kommunistischer Antrag, der sich gegen diesen Beschluß wendete, wird gegen Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Haus setzte dann die Einzelberatung des Etats des Arbeitsministeriums beim Kapitel „Sozialversicherung“ fort.

Abg. Karsten (Soz.) fordert höhere Leistungen in der Sozialversicherung. Abg. Ziegler (Dem.) erkennt an, daß in der Sozialversicherung viel geschehen sei, daß wir aber noch lange nicht über den Berg seien. Abg. Beder-Arnsherg (Ztr.) stimmt den Beschwerden wegen der Behandlung der Versicherer bei den Versicherungsbehörden zu. Den Krankenkassen müsse das Recht der Selbstabgabe von Heilmitteln verbleiben. Abg. Beythlin (D. Vpt.) lehnt die von den Sozialdemokraten geforderte Beseitigung der Innungs-Krankenkassen ab. Die Innungs-Krankenkassen hätten sich durchaus bewährt. Ihre Leistungen übertreffen vielfach die der Ortskrankenkassen. Staatliche Hilfe beanspruchten sie nicht. Der Redner befürwortet einen Antrag seiner Partei auf Änderung der Krankenversicherungsordnung dahin, daß den Trägern der Krankenversicherungsvorsorge verweigert wird, die Eigenversorgung mit Heil- und Korrektionsmitteln zu betreiben. Abg. Frau Schott (Deutschnat.) wendet sich gegen die Selbstversicherung der Krankenkassen mit Heilmitteln, da sie zur Massenbehandlung führe, die schlechter sei als die individuelle Behandlung. Die Rednerin empfiehlt eine Erweiterung der Angestelltenversicherung, damit auch die neuemstandenen Frauenberufe berücksichtigt werden können.

Die Ueberlastung der Finanzämter.

Staatsberatung im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 9. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Staatsberatung des Reichsfinanzministeriums. Berichterstatter Abg. Dr. Oberjochen (Deutschn.) gibt einen Überblick über die Veränderungen des Etats seit dem Vorjahr. Der Mehrbedarf liege vorwiegend in den jährlichen Ausgaben der Außenverwaltung. Die Mehrausgaben würden durch Ertragsrückflüsse aus dem Vermögensetat zum Teil wieder aufge-

Amtliche Bekanntmachungen.

Betrifft: Straßensperrung.

Die Kubliger-Chaussee in Höhe des Schlachthofes wird für die Zeit vom 14. bis 22. März 1927 teilweise gesperrt. Der Verkehr wird auf einer Seite der Chaussee aufrecht erhalten.

Stolz, den 9. März 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Betrifft Zahlung der Grundvermögens- und Hauszinssteuer.

An die Zahlung der vom 15. d. Mts. fälligen Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat März wird erinnert. Bei nicht pünktlicher Zahlung werden 10% Verzugszinsen erhoben. Außerdem fallen die nicht unerheblichen Kosten der Mahnung und Pfändung den säumigen Zahlern zur Last.

Stolz, den 10. März 1927.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Aemessärge für die Zeit vom 1. 4. 1927 bis 31. 3. 1928 soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Termin am Montag, den 21. März 1927 vormittags 11 Uhr im Rathause, Zimmer Nr. 13.

Bedingungen liegen daselbst aus.

Stolz, den 9. März 1927.

Der Magistrat.

Habe mich in Stolz als prakt. Arzt niedergelassen.

Wohnung: Bahnhofstraße 49 ptr.
Sprechstunden ab Mittwoch, den 9. März vorm.
8 1/2 - 10 1/2 Uhr, nachm. 3 - 4 Uhr
Fernruf 469.

Dr. med. Müller.

Billige Seife

Pa. Oberschale, 5 teilig	Riegel 65 Pfg.
Pa. " 5 teilig	Riegel 75 Pfg.
Pa. " 5 teilig	1000 gr 95 Pfg.
Pa. Kernseife	gr. Doppelstück 38 Pfg.
Pa. " "	gr. Doppelstück 45 Pfg.
Pa. " "	gr. Handstück 38 Pfg.
Pa. Talgorn-Seife	45 und 40 Pfg.
Kristall-Soda	2 Pfund nur 15 Pfg.

Toilette-Seifen, allergrößte Auswahl

Stück 7 1/2, 10, 15, 20, 25, 30 usw.

sowie alle Markenseifen

Bitte beachten Sie mein Schaufenster!

Max Reimann, Seifen-Spezialhaus
nur Schmiedestraße 7.

Wohnhäuser Ställe und Wirtschaftsgebäude Feldscheunen freitragende Hallendächer

alle Maurer-, Beton- und Zimmerarbeiten führt
sachgemäß und billigst aus

Franz Karsten, Zimmermeister
Fernruf 134. Stolz i. Pom. Chausseestr. 1/2.

Mein Total-Ausverkauf

bietet Ihnen Gelegenheit,

Uhren und Goldwaren

äußerst günstig einzukaufen.

∴ Ermäßigung 20 bis 40 Prozent ∴

Otto Pila

Juh. Bernhard Buhr

Neutorstraße 6

gegenüber Gds.

Geschäftseröffnung!

Einem verehrten Publikum von Stolz und Umgegend gebe ich hierdurch bekannt, dass ich am **Sonnabend, den 12. März 1927** ein

Herrenartikel-Spezialgeschäft

im Hause **Homuth, Langestr. 50**, eröffne

Es wird mein Bestreben sein, meiner werten Kundschaft nur mit Qualitätswaren bei billigster Preisberechnung, zu dienen und bitte ich, mein neues Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Wilhelm Engler

Langestr. 50.

Langestr. 50.

Ackergeräte

jeder Art

Düngermühlen
Düngerstreumaschinen

Acker- und Hedericheggen

Ackerschleifen

Breit- und Kleesäemaschinen

Drillmaschinen

Ersatzteile

Pflugschare Streichbleche
etc.

Gustav Denzer Stolz
i. Pom.

Eisengiesserei und Maschinenfabrik

Fernsprecher 37.

Fernsprecher 248.

Stadttheater

Telephon 419.

Freitag, den 11. März
abends 8 Uhr

Das Nürnbergische

Sonntag, den 13. März
vorm. 1/2 12 Uhr

Morgenfeier

Das Herzwunder

Preise: Saal 50 Pfennig
Galerie 30 Pfennig.

Abends 1/8 Uhr

Erstaufführung!

„Hoffmanns Erzählungen“

Mit großem Orchester!

Freibau.

Sonnabend vorm. 8 Uhr
Verkauf von Rind- und
Schweinefleisch.

Die Schlachthofverwaltung.

la. Bohnermasse

in bekannter Güte empfiehlt
J. de Veer, Langestr. 13.

Lehrling

zum 1. April gesucht

W. Merten

Klempnermeister
Schmolzin (Nr. Stolz.)

Junger Mann, 20 Jahre
alt, sucht Lehrstelle als

Diener.

Angebote erbeten unter
D. 303 an die Geschäftsstelle
der Zeitung.

Willst Du eine
gute Uhr
geh zu
Hermann Peine
nur Holstentorstr. 23.



Das Stolper Adressbuch

für 1927

ist erschienen und bei uns
erhältlich.

J. M. Feiges Buchdruckerei

Präsidentenstr. 45
Fernsprecher 18.

Reparaturen

schnell, gewissenhaft, billig.

Uhrmacher C. Haar

Markt 19.